

# Zum Irakkonflikt

Von Gerhard Kolb

Die amerikanische Regierung hat den USA für die nächsten Jahre ein imposantes Aufrüstungsprogramm auferlegt, bei dem die jährlichen Ausgabensteigerungen 20% erreichen. Dies mag im „alten Europa“ erstaunen, denn die USA sind die einzige verbliebene Supermacht und als ihre Feinde sind wohl Terrornetzwerke, aber keine Staaten zu erkennen, die eine solche Aufrüstung notwendig erscheinen lassen. Auch läßt sich der Kampf gegen den Terror auf den ersten Blick kaum erfolgreich nur mit modernsten Waffen führen, denn wenn man ihm den Boden entziehen will, indem man seine Ausbildungsbasen vernichtet, wie in Afghanistan geschehen, bleiben dennoch nicht kontrollierbare Rückzugsgebiete, teilweise staatsfreie Räume – in einen solchen z. B. flüchtete Bin Ladin und konnte bisher nicht gefaßt werden. Staatsfreie Räume, Nischen, sind auch in den Industrieländern entstanden, vor allem infolge der mit der Globalisierung einhergehenden Wanderungsströme. Welchen Umfang diese angenommen haben, vermag man abzuschätzen, wenn man weiß, daß der Name Mohamed in den letzten Jahren der am häufigsten vergebene Vorname für männliche Neugeborene in Brüssel war, in anderen großen Städten der westlichen Hemisphäre ist das ähnlich.

In den innerstaatlichen Nischen können sich terroristische Glaubensfanatiker verbergen, die „westlichen“ Länder nehmen sie mit dem allgemeinen Zuwandererstrom auf und in der Volksgruppe oder bei den Anhängern gleichen Glaubens leben sie unerkant als „Schläfer“ und zukünftige Attentäter. Sie gleichen dem von Mao beschriebenen Guerillakämpfer, der sich inmitten von Glaubens- oder Volksangehörigen unerkennbar wie der „Fisch im Wasser“ bewegt.

Die westlichen Länder haben den Klassenkampf vor einer halben Generation gewonnen, doch nun droht ihnen ein „Rassenkampf“ bzw. Kampf gegen religiöse Fanatiker auf eigenem Boden als Begleiterscheinung der Globalisierung, ein Kampf, bei dem sie in ihrer Verletzlichkeit geradezu hilflos erscheinen, steht doch inzwischen jedes größere Unglück unter dem Verdacht, Ergebnis eines Anschlags zu sein; mag hier die Aufregung für Übertreibungen sorgen, der Kampf hat unzweifelhaft begonnen. Doch wird gar nicht versucht (oder wenn, dann nur halbherzig), die Einwandererströme zu bremsen, die „Schläfer“ sind in jedem

Fall schon da; für Deutschland geht man von etwa 3 000 gewaltbereiten Glaubensfanatikern aus, von denen sich einige irgendwann als ehemalige „Schläfer“ entpuppen könnten.

Geheimdienste haben wohl Gefährdungen durch Guerillakämpfer in der letzten Zeit erfolgreich abgewehrt, doch besondere Gefahren drohen vor allem dann, wenn Attentäter mit Staaten zusammenarbeiten, die sie technisch auf eine Weise ausrüsten könnten, wie es einzelnen Verschwörerzellen nicht oder nur schwer möglich wäre. Insofern liegt es nahe, daß die Weltmacht, die den Haß von Terroristen besonders auf sich lenkt, gegen solche Staaten vorgeht, die auch nur im Verdacht stehen, sie könnten Hilfe für Terroristen leisten.

Es ist, wie es aussieht, nur noch ein militärisch geführter Kampf nach außen gegen den Terror möglich, denn nach innen läßt sich wenig ändern, hier regiert das Prinzip Hoffnung, der Anteil von Menschen aus der islamisch geprägten Welt in der westlichen Hemisphäre ist so hoch, daß man hier nichts ändern kann, als (verzweifelt) auf „*Integration*“ zu setzen, was bedeutet, daß man die Zuwanderer dahin zu bringen versucht, daß sie die in den westlichen Ländern erreichbaren persönlichen materiellen Vorteile für wertvoller halten als ihre bisherigen politisch-religiösen Heilsbotschaften. *„Ein ‚Zusammenprall der Zivilisationen‘ könnte den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften, allen voran Frankreich mit seinen Millionen muslimischer Einwanderer, bedrohen.“* (Michaela Wiegel, *„Paris verschafft sich Gehör“*, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.2.2003)

Im Kern geht es beim Kampf des Westens gegen den Terror um einen Verteilungskampf, der im Laufe dieses Jahrhunderts an Erbitterung zunehmen wird, denn mit wachsender Weltbevölkerung und abnehmenden Rohstoffen wird es keinen friedlichen Wettstreit um den wertvollsten Massenrohstoff, das Erdöl geben, weil die reichen Länder hier alle Trumpfkarten haben. Die Kämpfe werden sich notwendigerweise steigern und werden so lange es geht, wie jetzt auch, auf beiden Seiten religiös oder anders ideologisch verbrämt geführt – und indem der Kampf ums nackte Überleben geht, nimmt die ideologische Rechtfertigung ab. Es ist die Logik der Verteilungskämpfe, der sich zuerst die einzig verbliebene Supermacht (auch als Großverbraucher von Erdöl) nicht entziehen kann, denn auf sie konzentriert sich der Haß der Benachteiligten, also rüstet sie auf und wächst in die Rolle dessen, der den Verteilerschlüssel über die Rohstoffe in die Hände nimmt.

Wenn der Vergleich des 11.9. mit dem *„Überfall auf Pearl Harbor“* einen Sinn haben soll, dann den, daß die amerikanische Regierung auch

diesmal einen Angriff zur Mobilisierung einer dem Kriege nicht zugelegten Bevölkerung einzusetzen versteht und Krieg willkommene Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, weil er politische Ziele schneller erreichbar macht, als es durch (andere) politische Mittel möglich ist.

Als Europäer, die ja alle miteinander zu den politischen Verlierern des letzten Jahrhunderts zählen, und erst recht als Deutscher ist man versucht, den Aufstieg der USA zur Weltmacht vom Ersten Weltkrieg an als einen planvollen Weg zu sehen, womit man weit über die Bemerkung von Churchill hinausgeht, der im Jahre 1936, als er kein politisches Amt innehatte und offen sprechen konnte, über die Außenpolitik der USA gegenüber dem Herausgeber der Zeitung „*New York Enquirer*“ freimütig erklärte: *„Amerikas Kriegseintritt war verheerend nicht nur für die USA, sondern auch für die Alliierten, denn wären die USA zu Hause geblieben und hätten sich um ihre eigenen Angelegenheiten gekümmert, dann hätten wir mit den Mittelmächten Frieden geschlossen. Es wäre nicht der Kollaps in Rußland gekommen mit dem nachfolgenden Kommunismus, kein Zusammenbruch in Italien mit dem nachfolgenden Faschismus, und der Nazismus würde jetzt nicht zur Regierung gekommen sein.“* Die USA haben in der Konfrontation mit Nazismus (bzw. Faschismus) und Kommunismus im ersteren den gefährlicheren Gegner für sich erkannt und bekanntlich allein aufgrund der Fähigkeit zu einer ungeheuren Massenproduktion den Ersten und den Zweiten Weltkrieg gewonnen, sie sind dadurch zur Weltmacht geworden, während Europa in gleichem Maße an Bedeutung verlor. Schließlich haben sie auch den Kommunismus besiegen können, weil sie an der wirtschaftlichen Spitze von Massenproduktion und Massenkonsum standen und diese Art der Wirtschaftsweise bislang eine historisch noch nicht dagewesene Beschleunigung des technischen Fortschritts hervorgebracht hat – es mag sein, daß sich dies in der Zukunft ändert, doch ist das ein Problem, das hier nicht weiter interessiert. Immerhin zeigt die Bemerkung von Churchill, nur drei Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg, daß sich geschichtliche Entwicklungen (oft) nicht absehen lassen, weil die jeweils beteiligten Kräfte nicht abzuschätzen sind; mag man einen Generalplan unterstellen oder nur die Fähigkeit der jeweiligen amerikanischen Regierung, Gelegenheiten für militärisches Zugreifen nicht verstreichen zu lassen, sondern zur Machterweiterung zu nutzen, darin jedenfalls gleichen sich die Reaktionen von Pearl Harbor und die auf den 11.9.2001.

Gegenwärtig bleibt den USA in der Rolle der Weltmacht jedenfalls kaum eine Wahl, sich anders zu verhalten als sie es tun, wobei die ideo-

logische Begründung ihres Handelns ausgesprochen dürftig ist, – was sich nicht zuletzt in den weltweit großen Friedensdemonstrationen spiegelt und in der abnehmenden Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung für einen Krieg. Auch der, der Treibender zu sein scheint, kann, je nach Blickwinkel, ein Getriebener sein, denn gerade als letzte verbliebene Supermacht ziehen die USA den Haß der islamischen Welt auf den Westen allgemein auf sich, denn hier konzentriert sich der Reichtum, der sich auf (verschwenderischen) Verbrauch von Rohöl gründet, – dessen Hauptlieferant die islamische Welt ist, die aber davon insgesamt wenig profitiert. Ohne das Öl gäbe es den beneideten Massenwohlstand mit all seinen Begleiterscheinungen nicht, doch aus dem Wohlstandsgefälle zwischen islamischen und westlichen Ländern resultiert nicht unmittelbar Neid, vielmehr ist dieser umgemünzt in religiös begründete Feindschaft. (Die Attentäter des 11.9.2001 stammen aus sozialen Schichten, die politische Übersicht haben.)

Manche andere Rohstoffe lassen sich durch Erdöl ersetzen, doch dieses ist, zumal in den benötigten Mengen, unersetzlich. Obgleich es billig und in großen Mengen auf dem Weltmarkt zur Verfügung steht, ist es nicht unerschöpfbar, auch wenn die seit über 30 Jahren geltende unveränderte Reichweitenprognose von „etwa 40 Jahren“ einen anderen Schluß nahelegt. Der „Westen“ könnte am längsten davon (vorläufig) gemeinsam profitieren, wenn die Zahl der Verbraucherländer möglichst gleich bleibt. Insofern hat westlicher Wohlstand die Armut anderer Länder zur Voraussetzung, denn wir können nur deshalb so verschwenderisch Rohstoffe verbrauchen, weil viele andere Länder (bzw. die Mehrheit der Menschen) das nicht können. Diese Einsicht müßte für jeden, der im Wohlstand lebt und für die „Menschenrechte“ eintritt, sehr schmerzlich sein, doch ideologische Begründungen wie die von den „Chancen durch freien Welthandel“ etc. geben die Möglichkeit, unangenehme Einsichten von sich fernzuhalten. Erst zusammen mit dem technischen Wissen freilich kann der Rohstoff Erdöl zur Grundlage von Wohlstand werden.

Inzwischen ist ein neuer Erdölgroßverbraucher am Horizont aufgetaucht, denn einzelne Landesteile Chinas haben eine wirtschaftliche Entwicklungsstufe erreicht, auf welcher der Binnenkonsum zum Motor der Weiterentwicklung wird: Immer breitere Schichten der Bevölkerung können am Konsum teilnehmen und treiben damit die Produktion voran – und damit auch die technische Entwicklung. Dieser Konsum geht mit wachsendem Rohstoffverbrauch einher, so daß in den kommenden Jahren vor allem Chinas Öldurst sehr zunehmen wird; China

als zukünftiger Konkurrent um einen lebenswichtigen Rohstoff könnte es der planetarischen Macht USA angeraten erscheinen lassen, den Zugang zum Öl zu kontrollieren; ein Gedanke, der zu den im Laufe des Monats Februar 2003 lancierten Absichten (bzw. Gerüchten über solche Absichten) der USA über den zukünftigen Umgang mit dem irakischen Öl paßt: Wer aktiv an der Beseitigung Saddams mitwirke, solle auch mit der Erschließung bzw. Ausbeutung von Ölfeldern belohnt werden; die Kosten für den Krieg könnten durch den Verkauf von irakischem Öl beglichen werden, der Verlierer bezahlt nach altem Muster den Krieg, denn es gibt eben im Umgang der Staaten untereinander nur das Recht des Stärkeren. (Es gilt nicht einmal die Stufe des Talionsprinzips: wie Du mir, so ich Dir, denn es gibt z. B. keine Verjährung für den Unterlegenen, er bleibt in ewiger Schuld, schließlich setzt der Stärkere die Siegerideologie durch und die garantiert, daß der Unterlegene ewig auch der Schuldige bleibt.)

Weil die USA den Zugang zum Öl sichern wollen, steht dem gesamten Nahen Osten wahrscheinlich eine politische Neuordnung bevor, die sich bisher nur schemenhaft abzeichnet.

Auch der militärisch Stärkste sucht nach Rechtfertigungen („*Legitimation*“, ideologischer Begründung usw.), wie sich am Bemühen der amerikanischen Regierung zeigt, für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak ein UN-Mandat zu erhalten. Die Drohung, notfalls auch ohne UN-Resolution den Krieg zu führen, entwertet dieses Mandat jedoch. Auch die Diskussion darüber, wie ständige und zeitweilige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates durch finanzielle Verlockungen oder Druck auf die amerikanische Seite gezogen werden sollen, belegt, daß der Sicherheitsrat das Feigenblatt des militärisch Mächtigen ist. Wenn sich ein Krieg irgendwie rechtfertigen läßt, dann ist das besser, als wenn die reine Macht spricht. Dafür gab auch der erste Irakkrieg gute Beispiele; vor seinem Beginn wurde endlos verhandelt mit der stets wiederholten Begründung, auf diese Weise den Krieg doch noch zu verhindern. Genscher wurde nicht müde zu betonen, so lange man miteinander spreche, werde nicht gekämpft, so als habe sich die von Habermas geschaffene ideologische Heilslehre vom herrschaftsfreien Diskurs bis in die politische Realität geschlichen; derjenige, der den „*Diskurs*“ irgendwann abbricht, müßte dann der Bösewicht sein, gegen den Krieg zu führen dann gerechtfertigt ist.

Es zeigt sich doch aber gerade, daß ohne militärisches Potential die UN-Resolutionen ihr Papier nicht wert sind, wie der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern beweist. Israel hat im Laufe der Jahre

gegen ca. 400 UN-Resolutionen verstoßen, es hält seit 1967 palästinensische Gebiete widerrechtlich besetzt, seine Siedlungspolitik bedeutet eine grobe Völkerrechtsverletzung, beim Kampf gegen Kämpfer zur Befreiung Palästinas werden Mittel eingesetzt, die andernorts als Kriegsverbrechen (Partisanenbekämpfung durch Erschießen Unbeteiligter) geahndet werden, doch niemand setzt dem Staat Israel Grenzen: Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Nur die USA könnten Israel zur Beachtung der Resolutionen zwingen, doch die haben daran keinerlei Interesse, weil Israel zukünftig ein idealer Verbündeter in der Region sein wird, beide haben die gleichen Feinde, dagegen wird der bisherige Hauptverbündete, die Türkei, durch zunehmenden islamischen Einfluß unzuverlässig. (Die türkische Bevölkerung ist mit überwältigender Mehrheit gegen einen Krieg; – es ist hier natürlich auch die Frage, wie lange europäische Länder außenpolitisch noch ohne Rücksicht auf ihren islamischen Bevölkerungsanteil handeln können.)

Die Verbündeten der USA sollten aus dem Irakkrieg lernen, daß militärische Macht die Grundlage der Politik bleibt, wie sie es schon immer war, und die Vasallen sich in ihrer militärischen Ohnmacht nur als politisch dumme oder kluge voneinander unterscheiden können. Der Wunsch der US-Regierung nach Legitimierung des Krieges gegen den Irak durch den UN-Sicherheitsrat klingt so hohl, wie schon lange nichts mehr. Jetzt könnte jeder für den Rest seines Lebens begriffen haben, daß Ideologien, Glaubenslehren, moralische Begründungen Waffen in der politischen Auseinandersetzung sind. (Diesen Gedanken hebt z. B. Panajotis Kondylis in seinem Büchlein hervor: *„Das Politische im 20. Jahrhundert“*, Manutius Verlag Heidelberg, Heidelberg 2001. Gerade jetzt können diese einzelnen politischen Aufsätze viel Erhellendes zum gegenwärtigen Geschehen sagen.) Über moralische Begründungen wird notwendigerweise der Einsatz von Gewalt gerechtfertigt.